

# Die EU und die USA

Stephan Bierling / Herbert Maier

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bestimmen innenpolitische Themen die Politik auf beiden Seiten des Atlantiks. Das galt im Untersuchungszeitraum in besonderem Maße: In den USA standen die Präsidentschaftswahlen im November 2012 ganz im Zeichen der Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik; in Deutschland, dem mit Abstand ökonomisch wichtigsten EU-Land, wo im September 2013 ein neuer Bundestag gewählt wird, dominiert die Euro-Schuldenkrise die politische Agenda. Während sich die amerikanische Wirtschaft nach ihrem schweren Einbruch 2008 auf einem langsamen Wachstumspfad befindet, stürzte die Eurozone 2013 erneut in eine Rezession („double dip“). Einer der wenigen ökonomischen Lichtblicke war die Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen mit dem Ziel, Handel und Investitionen zu liberalisieren. Angesichts der Dominanz ökonomischer und sozialer Themen rückten klassische außen- und sicherheitspolitische Fragen in den Hintergrund. Beiden Seiten kam deshalb zupass, dass die Weichen für einen weitgehenden Abzug der NATO aus Afghanistan bereits 2012 gestellt worden waren und der Streit mit Iran über sein Atomprogramm nicht eskalierte. Auch sind sich die USA und die Europäer weitgehend darin einig, nicht militärisch in den syrischen Bürgerkrieg einzugreifen und Terraingewinne von islamistischen Rebellengruppen wie in Mali nur mit chirurgischen, zeitlich und materiell befristeten Operationen zurückzuschlagen. Angesichts des rapiden Aufstiegs Ostasiens konzentriert sich die Obama-Administration zunehmend auf diese Weltregion.

## **Sicherheitspolitik: NATO, Afghanistan, Iran, Mali, Syrien**

Die Rolle der NATO ist weiter in den Hintergrund getreten. Zwar versichert Washington regelmäßig, dass die transatlantische Sicherheitspartnerschaft mit der NATO der Kern und Europa der „Eckpfeiler“ für amerikanisches Handeln in der Welt bleiben wird.<sup>1</sup> Aber gleichzeitig zeichnet sich ab: Europa – und damit ist vor allem die EU gemeint – muss selbst stärker für seine eigene Sicherheit und für die Sicherheit in seinem Umfeld sorgen. Die USA wollen aufgrund des Schwenks in den pazifischen Raum sowie aufgrund des Spardrucks im eigenen Militärhaushalt ihre Führungsrolle in der NATO reduzieren und sehen die Europäer in der Pflicht. Auch wenn sich die NATO und die EU jüngst neue Strategien zur Ressourcenschonung und -zusammenlegung gegeben haben – die Stichworte lauten „smart defense“ und „pooling and sharing“ –, fehlen wirkungsvolle Maßnahmen zur Umsetzung. Insbesondere die Europäer tun sich schwer, ihre Rüstungs- und Verteidigungsplanung zu koordinieren. Seit die EU-Mitglieder vor drei Jahren eine verstärkte Kooperation proklamierten, haben sie nur geringe Fortschritte bei der Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung von Waffen und Ausrüstung erzielt und die Einsatzfähigkeit ihrer

---

1 So zuletzt Vizepräsident Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2013. Vgl. Hubert Wetzel: Wenn alte Liebe rostet, in: Süddeutsche Zeitung, 4.02.2013, S. 2.

Streitkräfte kaum erhöht. Die gescheiterte Fusion der Rüstungskonzerne EADS und BAE ist dabei nur das medienwirksamste Beispiel dafür, dass nationale Interessen und nicht europäische Ziele die Verteidigungs- und Rüstungspolitik in der EU dominieren. Nach wie vor mangelt es an politischem Willen zu einer intensiveren Zusammenarbeit.<sup>2</sup> Zudem führt die Euro-Schuldenkrise zu weiteren Einschnitten in die nationalen Verteidigungshaushalte. Damit bleibt der amerikanische Wunsch nach „burdensharing“ – Teilung der Lasten – unerfüllt.

Das für die Allianz viele Jahre wichtigste Thema – Afghanistan – ist auf der Prioritätenliste der transatlantischen Gemeinschaft nach unten gerutscht. Da die NATO bereits 2012 die Weichen für den Abzug der Kampftruppen gestellt hatte, drehte sich die Debatte im letzten Jahr vor allem darum, welche Aufgaben die Allianz dort künftig übernehmen soll. Mitte 2013 waren noch 100.000 Soldaten der internationalen Schutztruppe ISAF im Land, Ende 2014 geht die Mission zu Ende. Die Bundeswehr sowie andere Streitkräfte haben bereits im April 2013 damit begonnen, Soldaten abzuziehen. Auch nach 2014 werden allerdings noch ausländische Kontingente im Land bleiben, um die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden. Über die Details der Kooperation zwischen Afghanistan und den Truppen stellenden Länder wird seit Ende 2012 gesprochen. Die USA wollten bis Herbst 2013 mit der Kabuler Regierung ein Statut aushandeln, das die Rechtsgrundlage für alle ausländischen Streitkräfte in Afghanistan nach Abzug der ISAF schafft. Deutschland hat im April 2013 als erstes Land einen konkreten Vorschlag zur Truppenzahl gemacht und will 600 bis 800 Soldaten zur Beratung und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte im Land belassen.<sup>3</sup> Bereits im Laufe des Jahres 2013 wird die ISAF die Sicherheitsverantwortung vollständig an die Streitkräfte und die Polizei Afghanistans übergeben.

Nach den Erfahrungen des Irak- und Afghanistankriegs engagieren sich die USA und die Europäer militärisch nur noch begrenzt und kurzfristig „out-of-area“. Im westafrikanischen Mali, in dem Anfang 2012 islamistische Rebellen die Macht im Norden übernahmen und nach Süden vorstießen, hielten sich die USA aus dem Konflikt heraus. Auch die NATO spielte keine Rolle. Hier trat der amerikanische Wunsch nach mehr Lastenteilung deutlich zutage. Die EU füllte dieses Vakuum nicht. Bezeichnend war, dass die Union nicht einmal erwog, ihre Krisenreaktionskräfte (battle groups) in Mali einzusetzen. Letztlich engagierte sich nur Frankreich, unterstützt von einzelnen EU-Mitgliedern, um die von Islamisten besetzten Gebiete zu befreien. Andere EU-Staaten halfen lediglich beim Wiederaufbau, etwa seit April 2013 mit einer Ausbildungsmission für das malische Militär, an der sich auch die Bundeswehr beteiligt.<sup>4</sup> Auf einer Geberkonferenz, die die EU im Frühjahr 2013 organisierte, kamen mehr als drei Milliarden Euro an Hilfsgeldern zusammen. Für Mitte 2013 beschloss der Sicherheitsrat eine UN-Mission mit 10.000 Mann. Allerdings ist unklar, ob dies ausreicht, Mali nach dem Rückzug der französischen Kampftruppen dauerhaft zu befrieden.

Die EU und die USA sehen im iranischen Atomprogramm eines der größten sicherheitspolitischen Probleme weltweit und sind gemeinsam bemüht, in diesem Konflikt eine

---

2 Zuletzt forderte der belgische Verteidigungsminister de Crem eine tiefere Zusammenarbeit in der militärischen Rüstung und der europäischen Verteidigung auf einer Veranstaltung der Münchner Sicherheitskonferenz in Berlin. Vgl. Mehr „pooling and sharing“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.04.2013, S. 6.

3 Vgl. Daniel Brössler: „Wir lassen Afghanistan nicht im Stich“, in: Süddeutsche Zeitung, 19. 04.2013, S. 5.

4 Mali-Einsatz beschlossen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.03.2013, S. 2.

Verhandlungslösung zu finden. Zwar ist der Konflikt nicht eskaliert. Aber auch ein weiteres Jahr der Verhandlungen mit Iran brachte keine Fortschritte, obwohl die USA und die EU Mitte 2012 ihre Sanktionen verschärften und ein Öl-Embargo verhängten. Die Obama-Administration bekräftigte im März 2013, dass sie eine diplomatische Lösung bevorzugt, sich jedoch alle Optionen offen halten und den Bau einer Atombombe mit allen notwendigen Mitteln verhindern will.<sup>5</sup> Im April 2013 kam es im kasachischen Almaty zu den vorerst letzten offiziellen Atomgesprächen zwischen der Sechsergruppe (die fünf ständigen UN-Mitglieder und Deutschland) und Iran. Sie blieben jedoch ohne Ergebnis. Obwohl die Sechsergruppe einige ihrer Forderungen aufweichte, weigerte sich Teheran, die Urananreicherung auszusetzen. Nach den gescheiterten Gesprächen kündigte Iran an, neue Anreicherungsanlagen zu bauen. Auch wenn die jüngste iranische Provokation dem dortigen Präsidentschaftswahlkampf geschuldet sein kann, so ist sie doch ein Zeichen dafür, dass Iran sein Nuklearprogramm trotz erheblicher ökonomischer Kosten weiterhin unnachgiebig verfolgt.

Der Bürgerkrieg in Syrien hat seit Frühjahr 2011 mehr als 70.000 Menschen das Leben gekostet und stellt den Westen vor große Herausforderungen. Sowohl die USA als auch Europa lehnten eine Intervention wie in Libyen ab. Zwar bemühten sich beide Seiten des Atlantiks um eine diplomatische Lösung des Konflikts, aber eine Befriedung des Landes ist nicht in Sicht. Verschärfend kam hinzu, dass der syrische Machthaber Assad bezichtigt wird, im März 2013 in der Stadt Aleppo Chemiewaffen gegen die Rebellen und die Zivilbevölkerung eingesetzt zu haben.<sup>6</sup> Die USA hatten den Einsatz von chemischen Kampfstoffen als „rote Linie“ bezeichnet, deren Überschreitung zu Konsequenzen führen werde. Washington hat sich damit in eine Zwickmühle manövriert, da es eigentlich keinen militärischen Einsatz will. Zudem kommt es im Nachbarland Türkei, das als NATO-Mitglied mittlerweile an der türkisch-syrischen Grenze mit Flugabwehrraketen geschützt wird, und auf den von Israel seit 1967 besetzten Golanhöhen immer wieder zu Scharmützeln mit der syrischen Armee. Umstritten ist innerhalb der westlichen Staaten die Frage von Waffenlieferungen an die Rebellen. Frankreich und Großbritannien sehen darin eine Möglichkeit, die Aufständischen zu unterstützen und den Konflikt mittelfristig zu beenden, ohne selbst eingreifen zu müssen. Die USA stehen dieser Art der Hilfe ebenfalls skeptisch gegenüber, weil sie befürchten, die Waffen könnten in die Hände islamistischer Kämpfer fallen. Am 27. Mai 2013 gelang es den EU-Außenministern nicht, sich auf das weitere Vorgehen in der Frage der Unterstützung der syrischen Rebellen zu verständigen. Damit lief das im Mai 2011 verhängte EU-Waffenembargo gegen Syrien am 31. Mai 2013 aus. Die EU und die Bundesrepublik bieten wie in der Libyenkrise auch in der Syrienkrise ein Bild der Ratlosigkeit.

### **Der amerikanische Schwenk nach Asien – Folgen für Europa**

Der von der Obama-Administration angekündigte „Pivot to Asia“ ist im Kern nichts Neues, sondern setzt eine Entwicklung fort, die durch die Fokussierung der USA auf den Mittleren Osten nach 9/11 aus dem Blick geraten war. Der Grund: Ostasien ist zu einem

---

5 Vgl. Michael Shear/ David Sanger: Iran nuclear weapon to take year or more, Obama says, in: The New York Times, 14.03.2013, S. A9.

6 Vgl. Obama sucht Ausweg aus Syrien-Dilemma, in: Süddeutsche Zeitung, 27.04.2013, S. 1.

wirtschaftlichen und politischen Gravitationszentrum der Welt herangewachsen. Dabei gewinnt der rasante ökonomische Aufstieg Chinas zunehmend auch eine sicherheitspolitische Dimension. Die Kombination aus hohen Ausgabensteigerungen des chinesischen Militärs, nationalistischen Parolen und ungeklärten Grenzfragen in der ost- und südchinesischen See beunruhigt die Nachbarn und verstärkt bei ihnen den Wunsch nach einem potenten Allianzpartner. Die USA sind bereit, diese Aufgabe zu übernehmen und sich verstärkt zu engagieren, weil sie in der Souveränität der Anrainerstaaten Chinas den besten Weg sehen, das Gleichgewicht und damit die Stabilität der Region zu gewährleisten. Der konkreteste Schritt des „pivot“ war die Stationierung von 2.500 US-Marineinfanteristen in Nordaustralien. Aber auch die geplante Freihandelszone „Trans-Pacific Partnership“ (TPP), das ehrgeizigste handelspolitische Projekt Washingtons seit vielen Jahren, zählt dazu. Die Droh- und Erpressungspolitik des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un, die im Frühjahr 2013 einen neuen Höhepunkt erreichte, verdeutlichte, wie unverzichtbar die USA als Schutzmacht in der Region sind, insbesondere für Japan und Südkorea.

Der Ausbau der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den meisten Staaten Ostasiens soll nach Aussagen des neuen amerikanischen Außenministers John Kerry nicht auf Kosten Europas erfolgen. Um dies zu unterstreichen, unternahm er Ende Februar 2013 die erste Auslandsreise nach seinem Amtsantritt nach Europa und nicht wie seine Vorgängerin Hillary Clinton (2009-2013) nach Asien. Bei seiner Visite in Berlin pries er die amerikanisch-deutsche Allianz und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die *Neue Zürcher Zeitung* erkannte gar eine „amerikanische Charmeoffensive“.<sup>7</sup> Aber neue transatlantische außen- und sicherheitspolitische Großprojekte gibt es derzeit nicht.

### **Wirtschaft und Handel**

Im Zentrum der bilateralen Beziehungen steht heute die Wirtschaft. Dabei verschleierten die deutsch-amerikanischen Harmoniebekundungen während des Kerry-Besuchs die Tatsache, dass beide Länder beim wichtigsten bilateralen Thema, der Euro-Schuldenkrise, nach wie vor unterschiedliche Positionen vertreten. Während die Bundesregierung die Krisenstaaten auf eine solide Finanzpolitik verpflichten will und sie anhält, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, setzt Washington auf eine Politik des Gelddrucks und auf eine expansive Fiskalpolitik. Insgesamt sind die USA mit ihrer keynesianischen Strategie dabei besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als die europäischen Staaten mit ihrer Sparpolitik. Während das amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) schon 2011 den Vorkrisenstand erreichte, befinden sich Eurozone und EU auch 2013 noch unter diesem Niveau, und Wachstumsquellen sind nicht auszumachen. Die Arbeitslosigkeit liegt jenseits des Atlantiks mit 7,5 Prozent (April 2013) deutlich unter den 12,1 Prozent in der Eurozone (März 2013). Auch mittel- und langfristig sind die Wachstumschancen der USA wegen ihrer günstigeren demographischen Entwicklung, des durch das Fracking ausgelösten Gas- und Ölbooms und ihrer Innovationskraft besser als in Europa. Zumindest bewog der Schock der Wirtschaftskrise beide Seiten, eine transatlantische Freihandelszone ins Auge zu fassen.

---

7 Ulrich Schmid: Amerikanische Charmeoffensive, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.2.2013.

Am 12. Februar 2013 bekundeten US-Präsident Barack Obama und Vertreter der EU ihre Bereitschaft, im Sommer über eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) verhandeln zu wollen. Zwar liegen die Zölle bereits sehr niedrig, etwa bei Industriegütern bei 4 Prozent in der EU und bei 3,3 Prozent in den USA. Aber bei Chemikalien und Agrargütern sind sie nach wie vor hoch, und vor allem nicht-tarifäre Vorschriften und Regulierungen behindern Handel und Investitionen. Angesichts des großen Volumens des transatlantischen Handels von 500 Milliarden Euro und von 15 Millionen Arbeitsplätzen, die vom bilateralen Warenaustausch abhängen, würden schon kleine Liberalisierungserfolge den jeweiligen Volkswirtschaften Wachstumsimpulse verleihen. Prognosen gehen von einer Steigerung des jeweiligen BIP von einem Prozentpunkt aus, eine durchschnittliche Familie würde mit gut 500 Euro profitieren. Insbesondere die Automobilbranche könnte von einer Harmonisierung der Industrie- und Sicherheitsstandards profitieren. So unterscheiden sich die Regeln für die Länge von Stoßstangen, die Farbe von Blinkern bis hin zur Berechnung des Schadstoffausstoßes. Gemeinsame Regeln und Normen wären gerade für die deutschen Autohersteller wichtig. 2012 verkauften sie 1,3 Millionen Neuwagen in den USA, das Land gehört zu den wichtigsten und am schnellsten wachsenden Märkten. Der Abschluss eines TTIP würde zudem ein politisches Signal an die eigenen Bürger sowie an die Bric-Staaten, insbesondere China, senden: Dass die USA und die EU auch in Krisenzeiten handlungsfähig sind, gemeinsame Projekte haben und Entwicklungen gestalten können. Für den Westen bietet ein TTIP angesichts der sich rapide verschiebenden weltwirtschaftlichen Gewichte eine Chance, als Standardsetzer und nicht als Standardempfänger aufzutreten.

Allerdings sind die Hürden für ein solches Abkommen hoch. Nicht ohne Grund versandeten in den 1990er Jahren ähnliche Ideen. Schon vor der Aufnahme offizieller Verhandlungen haben Frankreich und Länder aus dem Süden und Osten der EU „rote Linien“ bei Themen wie Landwirtschaft (gentechnisch veränderte Pflanzen und hormonbehandeltes Fleisch), öffentlichen Dienstleistungen, Datenschutz und audiovisuellen Inhalten gezogen. Diesen „Protektionisten“ stehen wie gewohnt die „Liberalisten“ aus Deutschland, Großbritannien, den skandinavischen Ländern und der EU-Kommission gegenüber. Aber auch die USA sind nicht gewillt, bei Finanz- und Fluggastdienstleistungen einzulenken.<sup>8</sup> Andere Streitthemen, die die Idee einer transatlantischen Freihandelszone bisher immer wieder unterminierten, sind indes heute weniger virulent: Die Subventionskriege zwischen Airbus und Boeing gehören weitgehend der Vergangenheit an, auch bei sozial- und umweltpolitischen Standards haben sich die EU und die USA angenähert. Trotzdem dürften die Chancen für den Abschluss einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft bei weniger als 50 Prozent liegen.

## Ergebnisse

Die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die Weltpolitik geht weiter zurück. Beide Seiten scheinen damit gut leben zu können. In Europa ist man froh darüber, dass Obama wiedergewählt wurde und der Afghanistan-Einsatz zu Ende geht. Dabei sehen die Deutschen die USA durchaus ambivalent. Einerseits haben 87 Prozent eine gute Meinung von Obama, der damit der beliebteste US-Präsident aller Zeiten ist – und das, obwohl er im

<sup>8</sup> Vgl. „A transatlantic tipping-point“; *The Economist*, 27.04.2013, S. 39.

Anti-Terrorkrieg (Stichwort: Drohnen und Guantánamo) ähnliche Strategien verfolgt wie sein in Deutschland und Europa überaus unbeliebter Vorgänger. Andererseits bestehen tiefverwurzelte Ressentiments gegenüber Amerika – kultur- und traditionslos, oberflächlich, Alltag von Kriminalität geprägt – fort.<sup>9</sup> Weit in alle Parteien hinein gehört es heute zum Standardrepertoire, gegen „amerikanische Verhältnisse“ der Wirtschaft und Gesellschaft zu agitieren. Umgekehrt diente auch Europa den Kandidaten im US-Präsidentenwahlkampf primär als Folie: Für den Republikanischen Bewerber Mitt Romney als Zerrbild, wohin Staatsinterventionen und hohe Steuern führen, für Obama vor allem Deutschland als Vorbild für sozialen Ausgleich und für eine wettbewerbsfähige Industrie. Solange die USA und Europa ihre schweren Wirtschafts- und Schuldenkrisen nicht überwunden haben, werden sie kaum den politischen Willen und die ökonomischen Ressourcen aufbringen, die Welt des 21. Jahrhunderts zu gestalten.

### Weiterführende Literatur

- Roger C. Altman: The fall and rise of the West. Why America and Europe will emerge stronger from the financial crisis, in: *Foreign Affairs*, 92/1, Januar/Februar 2013, S. 8-13.
- Jakob Banki/Henriette Rytz: Die Auswirkungen der „Hinwendung nach Asien“ auf das transatlantische Verhältnis, SWP-Zeitschriftenschau 02/2013, Berlin 2013.
- Chad Damro/Terrence Guay: Transatlantic Merger Relations: The Pursuit of Cooperation and Convergence, in: *Journal of European Integration* 06/2012, S. 643-661.
- Berend Diekmann/Gabriel Felbermayr/Rolf J. Langhammer/Mario Larch: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft: Welche Effekte sind zu erwarten?, in: *ifo-Schnelldienst* 06/2013, S. 3-12.
- Liu Feng: China, the United States, and the East Asian Security Order, in: *Issues & Studies* 01/2013, S. 99-140.
- Stefan Fröhlich: *New Geopolitics of Transatlantic Relations*, Washington 2012.
- Jolyon Howorth: The EU and NATO after Libya and Afghanistan: The Future of Euro – U.S. Security Cooperation, in: *Yale Journal of International Affairs* 01/2013, S. 30-39.
- Alexander Höse: *Die Bedeutung Europas in der Außenpolitik der USA*, Wiesbaden 2012.
- Beate Maeder-Metcalf: Eine breite Allianz. Die USA und die EU können gemeinsam die Globalisierung gestalten, in: *Internationale Politik*, 03/2013, S. 43-47.
- Ruairi Patterson: EU Sanctions on Iran: The European Political Context, in: *Middle East Policy* 1/2013, S. 135-146.
- Richard Rousseau: U.S.-EU relations continuity in transatlantic relations during Obama's second term, in: *Diplomatic Courier* 1/2013, S. 15-17.
- Michael Smith: Beyond the Comfort Zone: International Crisis and External Challenge in the European Union's Response to Rising Powers, in: *International Affairs* 03/2013, S. 653-671.
- Annika Stormy-Mildner/Claudia Schmucker: Abkommen mit Nebenwirkungen? Die EU und die USA stehen vor Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, SWP-Aktuell 26/2013.
- Moon Younghoon: The Future of NATO; The Purpose of the Alliance after the Cold War, in: *Harvard International Review* 03/2013, S. 19-21.

---

9 Vgl. „Wie hältst du's eigentlich mit den USA?“, *Welt am Sonntag*, 10.02.2013, S. 11.